



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Marwitz, Bruno: Die Jungliberalen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Jungliberalen

Von Dr. Bruno Marwitz-Schöneberg



Die Mehrheit des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei hat einem Antrage zugestimmt, der die alte, unserm öffentlichen Leben unentbehrliche Partei zu sprengen droht. Der Antrag enthält das Wort „jungliberal“ nicht, spricht überhaupt nicht von der „nationalliberalen Jugend“; aber in allen beteiligten Kreisen ist es unstreitig, daß der unmittelbare Zweck des Antrages dahin geht, den „Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend“ zur Auflösung zu bringen. Wir wollen in diesen Ausführungen nicht darauf eingehen, wie es kommt, daß dieser Antrag trotz seines rein organisatorischen Anscheins so tiefe Wirkungen haben kann — die Tagespresse hat genügend darüber berichtet —, uns liegt nur daran, den Lesern dieser Zeitschrift die Verhältnisse der einzigartigen Organisation zu erläutern, um die der Streit entbrannt ist.

Die Wiege der Bewegung stand im Rheinland. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1898 war die nationalliberale Fraktion von dreiundfünfzig auf achtundvierzig zurückgegangen. Überall wurde beobachtet, daß es nicht gelang, die Jugend für die alten Ideale der Partei zu begeistern, daß selbst in den Familien, in denen die Zugehörigkeit zur Partei Tradition war, die jungen Leute den Organisationen fern blieben. Die Partei der Geheimräte und Kommerzienräte, wie sie damals wohl genannt wurde, hatte ihre Werbekraft in der jungen Generation verloren. Und so entstand, zunächst in Köln, der Gedanke, die Jugend in sich zu organisieren; man meinte, dort wo die Jungen sich schon von den Versammlungen der Alten zurückhielten, sie gern unter sich ihre Ansichten austauschen und auf diese Weise zu politischer Tätigkeit im Dienste der Partei erziehen werden würden. So wurde unter der Leitung des Professors

Dr. Moldenhauer, eines Mitgliedes des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, eines idealgesonnenen und begeisterungsfähigen Mannes, am 23. Januar 1899 ein Verein der nationalliberalen Jugend zu Köln mit nur sechszwanzig Mitgliedern begründet, der zwei Jahre darauf schon über eintausend Mitglieder zählte. In rascher Folge wurden dann, zunächst im Rheinland und in der Pfalz, weitere Vereine begründet. Am 21. Oktober 1900 schlossen sich davon neun mit zweitausendfünfhundertzwanzig Mitgliedern zu einem Verbands, dem Reichsverbande der nationalliberalen Jugend, zusammen. Dies war für die Bewegung von der größten Bedeutung. Im Süden und Westen Deutschlands — weniger im Osten — entstanden eine große Anzahl immer neuer Vereine, so daß bereits 1908 die Zahl Hundert überschritten war.

Das Verhältnis des Reichsverbandes zur Gesamtpartei war zunächst organisatorisch nicht umgrenzt. Als dann — unter beträchtlicher Mitarbeit der Jungliberalen — im Jahre 1905 sich die Partei ein neues Statut gab, erschien es angebracht, die Rechte und Pflichten der „Jungen“ darin unzweideutig festzulegen. So setzte man fest, daß die Organisation der Partei auch „die besonderen der Vertretung nationalliberaler Grundsätze gewidmeten Verbände“ (Arbeiter-, Jugendvereine usw.) mit ihren Verbänden umfasse, man gab diesen Vereinen und Verbänden das Recht, für je fünfhundert Mitglieder einen Vertreter zum Parteitag, für je dreitausend Mitglieder einen Vertreter in den Zentralvorstand zu entsenden. Organisatorisch wurden also der Jugendbewegung keine besonderen Rechte eingeräumt; tatsächlich aber nimmt sie eine Ausnahmestellung ein, denn außer den jungliberalen Vereinen sind bisher keine Sondervereine entstanden, die das Recht eigener Vertretung auf dem Parteitage oder im Zentralvorstande verlangen könnten.

Prüfen wir, welches die eigenartigen Kriterien dieser Jugendorganisation sind, so fallen vorzüglich drei Punkte ins Auge:

- a) die Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei;
- b) die Altersgrenze;
- c) die Ziele der Bewegung.

Die Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei war durch die Entstehungsgeschichte gegeben. Der Gedanke ging von einem altbewährten rheinischen Vorkämpfer der Partei aus; die Begründer der ersten Vereine entstammten Familien, in denen man stets nationalliberal gewesen war. Rudolf von Bennigsen machte aus seinen Sympathien für die Jugendbewegung keinen Hehl. Der damalige Vorsitzende des Zentralvorstandes der Partei, Dr. Hammacher, richtete gelegentlich der Gründung des Reichsverbandes an den Kölner Jugendverein ein Schreiben, in welchem er zum Ausdruck brachte, „daß die gesamte Partei mit lebhaftem Gefühl des Dankes für diese patriotische Bemühung unserer jüngeren Freunde im Westen und Südwesten des Reiches durchdrungen ist“. Hieran konnte auch der Umstand nichts ändern, daß zuerst im Süden, später auch im Norden, viele Vereine die Worte „nationalliberale Jugend“ aus ihren Firmen strichen und sie

durch den kürzeren Ausdruck „jungliberal“ ersetzt. Diese Namensänderung sollte keine Abweichung von der bisher eingehaltenen politischen Richtung andeuten; rein praktische Gründe ließen die Änderung des Namens rätlich erscheinen.

Von rechts und von links hat man versucht, die Zugehörigkeit der jungliberalen Bewegung zur nationalliberalen Partei anzuzweifeln und zu verächtigen. Aus eigener Wissenschaft können wir versichern, daß niemals — auch in den Zeiten, in denen tiefgehende Zwistigkeiten mit der Partei bestanden — der Gedanke einer Abspaltung von der Partei erwogen worden ist. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit hat bei all denen, die berufen waren, sei es im Reichsverbande, sei es in den einzelnen Vereinen, die Bewegung zu leiten, jede Mißstimmung überwunden; auch dann, wenn über Einzelfragen gestritten, wohl auch heiß gekämpft wurde, waren sich alt und jung über die Gesamtrichtung der politischen Überzeugung stets einig. Eine einzige betrübliche Ausnahme muß festgestellt werden: die bayerischen Jungliberalen, die unter der Führung des radikal gesonnenen Kaufmanns Hübsch seit langem ihre eigenen Wege wandelten, zerschnitten 1909 das Tisch Tuch zwischen sich und dem Reichsverbande und suchten und fanden näheren Anschluß am Freisinn, lieferten damit aber auch den Beweis, daß solche Bestrebungen innerhalb des Reichsverbandes unzulässig sind.

Auch darüber besteht kein Zweifel, daß die Jungliberalen sich stets innerhalb des Parteiprogramms gehalten haben. Ein besonders scharfer Gegner der Jugendbewegung glaubt in dieser Beziehung ihr vorwerfen zu können, daß der jungliberale Delegiertentag von Hannover (1906) die „grundsätzliche“ Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten gefordert hat, während der 1908 in Magdeburg beschlossene Aufruf für die preußischen Abgeordnetenwahlen erklärt: „Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen.“ Indessen hat er nicht den Nachweis zu erbringen vermocht, daß auch nach 1908 die preußischen Jungliberalen für eine weitergehende Forderung als die Magdeburger Forderungen eingetreten sind, und damit entfällt die Notwendigkeit, auf die Frage einzugehen, ob und in welchem Umfange der Magdeburger Beschluß als ein dauernder Programmpunkt anzusehen ist.

Was der Organisation ihre Eigenart gibt, ist die Altersgrenze. Nur solche Vereine können sich dem Reichsverbande anschließen, „welche als ordentliche Mitglieder Personen unter vierzig Jahren führen“. Im Parteistatut ist eine entsprechende Bestimmung nicht enthalten, so daß der Reichsverband in der Lage ist, die Bestimmung jederzeit aufzuheben. Es ist dies nicht eine Lücke des Statuts; bei der Beratung auf dem Allgemeinen Delegiertentage in Dresden wurde gerade vom Reichsverbande der Antrag gestellt, daß nur die ihm angeschlossenen Vereine als Jugendvereine zur Organisation der Partei zu gehören hätten; bei der Annahme des Antrages würde die Aufnahme der Altersgrenze in das Statut die notwendige Folge gewesen sein. Aber die Mehrheit der

Delegierten lehnte den Antrag ab, weil in Baden eine Anzahl von Jugendvereinen entstanden war, die die Altersgrenze nicht eingeführt hatten und die sich daher dem Reichsverbande nicht anschließen konnten.

Die Altersgrenze beruht auf dem Gedanken, daß die jungliberalen Vereine nur eine Vorschule der Partei sein und ihre Mitglieder in einem gegebenen Zeitpunkte an die nationalliberalen Vereine abgeben sollten; sie beruht auf der fernerer Erwägung, daß Vereine ohne eine derartige Altersgrenze notwendig zur Bildung einer eigenen Partei hinneigen werden. Es entstehen hieraus für die Jugendvereine die unerfreulichsten Konsequenzen. Sie sind angewiesen auf die Arbeit von Leuten, die fast durchweg an dem Aufbau ihres eigenen Lebens arbeiten und daher verhältnismäßig wenig Zeit und Mittel für eine intensive politische Tätigkeit aufwenden können. Sie müssen die besten Kenner der Bewegung selbst und der politischen Verhältnisse fortgesetzt scheiden sehen und sehen sich häufig ohne zwingende Not des Führers beraubt, für den ein Ersatz nicht vorhanden ist.

Und doch wird gerade in den Kreisen der nationalliberalen Jugend mit großer Entschiedenheit an der Altersgrenze festgehalten. Sie und nur sie ermöglicht es, den Gedanken durchzuführen, aus dem die ganze Bewegung entstanden ist, die Jugend dadurch zum politischen Leben heranzuziehen, daß man sie ihrer eigenen Autonomie überläßt. Die Altersgrenze schützt die Bewegung vor der Verflüchtigung, vor dem Klüngeltum, vor der Überschätzung einzelner Persönlichkeiten. Sie zwingt sie, immer von neuem aus sich heraus Führer zu erzeugen; sie hält sie in ständiger Verbindung mit der heranwachsenden Generation und deren Empfindungen.

Ausnahmen von der Altersgrenze wurden auf der Vertreterversammlung in Kaiserslautern für Baden und das rechtsrheinische Bayern gemacht. Maßgebend waren dieselben Gründe, die den Parteitag zur Ablehnung des vorgedachten Antrages des Reichsverbandes veranlaßt hatten, nämlich die Rücksichtnahme auf die lokale Eigenart der Vereine in diesen Landesteilen. Praktisch sind die Anträge kaum geworden. Die Vereine im rechtsrheinischen Bayern haben sich dem Reichsverbande nicht angeschlossen; in Baden hat sich im Prinzip die Altersgrenze immer mehr Anerkennung und Geltung verschafft.

Entscheidend für die Beurteilung der Bewegung sind ihre Ziele. Jeder Verein, der dem Reichsverbande angehört, muß satzungsgemäß „bezwecken, die Lässigkeit der Jugend gegenüber den Aufgaben des politischen Lebens zu bekämpfen und seine Mitglieder zur praktischen Arbeit auf dem Boden der nationalliberalen Grundsätze heranzubilden“. Die Vereine sollen politische Bildungsvereine sein. In die Vereine muß jeder aufgenommen werden, der auf dem Boden nationalliberaler Grundsätze steht, ohne Rücksicht darauf, ob seine politische Gesinnung mehr nach rechts oder mehr nach links gerichtet ist. Es ist also falsch, wenn behauptet wird, die Jugendbewegung stelle eine Organisation des linken Flügels der Partei dar.

Freilich, tatsächlich ist der Reichsverband eine feste Stütze der Baffermannschen Politik geworden. Die deutsche Jugend dieses Jahrhunderts ist — im Gegensatz zu der Jugend der achtziger Jahre — im wesentlichen liberal und demokratisch gesonnen, und so kann es nicht wunder nehmen, daß der liberale Inhalt des Parteiprogramms von den Jungliberalen mit besonderer Entschiedenheit betont wurde. Dazu kommt, daß in denjenigen Landesteilen, die die Stütze des rechten Flügels der Partei darstellen, die Parteiorganisationen dem Aufkommen der Jugendvereine die allergößten Schwierigkeiten entgegenstellten. In Schleswig-Holstein gibt es z. B. keinen dem Reichsverbande angeschlossenen Jugendverein, in Westfalen nur ganz wenige. Entweder ist die Jugend auch in diesen Landesteilen liberal gesonnen, dann muß das System der alten Organisationen über kurz oder lang zusammenbrechen — oder sie ist es nicht; dann wäre es Sache der Landesteile gewesen, ihre Jugend dem Reichsverbande zuzuführen, um auch deren Anschauungen Geltung zu verschaffen.

Die Ziele der Bewegung erkennt man am besten aus den Resolutionen, die auf ihren Vertretertagen gefaßt worden sind. Zunächst tritt aus ihnen die Zuverlässigkeit und Lebendigkeit hervor, mit der die Jugend von jeher für die nationalen Forderungen eingetreten ist. Daß das Deutsche Reich eine kraftvolle auswärtige Politik zu führen hat, daß Heer und Flotte auf der Höhe ihrer Aufgaben zu erhalten sind, daß die Kolonien eine Notwendigkeit für unser Volk darstellen, daß die Polenpolitik mit aller Entschiedenheit weiter zu führen ist, und daß alle ultramontanen Machtgelüste eine Schädigung unseres Staatslebens bedeuten, sind für jeden Jungliberalen Selbstverständlichkeiten, die immer und immer wieder entschiedenen Ausdruck fanden.

Nicht weniger energisch allerdings forderte man eine liberale Politik der Regierung. Die jungliberalen Resolutionen, die sich mit liberalen Forderungen befassen, sind von dem Gedanken durchzogen, daß das deutsche Volk durch die staunenswerte Arbeit, die es in diesen letzten Jahrzehnten unserer Entwicklung geleistet hat, mündig geworden ist, daß das Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts nicht nach Grundsätzen regiert werden könne, die für den Agrarstaat Preußen gepaßt haben mögen, daß nur eine wahrhaft liberale Politik die Menge dazu würde bringen können, sich von den Irrlehren der Sozialdemokratie abzuwenden. Und in dem Bewußtsein, daß eine liberale Politik nur mit Hilfe einer starken liberalen Partei durchzuführen sei, haben die Jungliberalen auch wiederholt darauf hingewiesen, daß ihr Ideal die Einigung aller Liberalen sei. Dabei sind sie sich ihres Unterschiedes zum Freisinn stets bewußt gewesen; die starke Betonung der nationalen Forderungen — hierin neigen die Jungliberalen eher zu den Alldeutschen — ist bereits erwähnt worden; noch 1910 haben sie sich in Köln bedingungslos zur Schutzollpolitik bekannt.

Von den liberalen Forderungen ist bereits die grundsätzliche Forderung der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten betont worden. Hierhin gehören ferner die 1904 in Leipzig beschlossenen Richtlinien für ein

Schulprogramm, in denen man für die Simultanschule und die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht eintrat; hierhin gehört der Kampf, der 1906 in Hannover gegen die verkehrsfreundlichen Steuern, insbesondere die Fahrkartensteuer, geführt wurde.

Aus derselben Gesinnung entspringen die sozialpolitischen Forderungen der Jungliberalen: Kaufmannsgerichte, paritätische Arbeitskammern, Reform der Wohnverhältnisse, Lösung der Agrarfrage wurden gefordert und in eingehenden Debatten und Entschliessungen behandelt. National, liberal und sozial wurden je länger, je mehr die Schlagworte, mit denen die Bewegung ihre Werbekraft übte.

Und diese Werbekraft war bei weitem größer, als das rein zahlenmäßige Anwachsen der jungliberalen Organisation ahnen läßt. Der Reichsverband hat sich niemals als eine Spitze der Partei angesehen; die Diskussionen und Resolutionen seiner Vertretertage sollen nichts anderes sein als die Diskussionen und Resolutionen der landschaftlich organisierten Verbände, nur daß das Alter und nicht der Heimatsstaat oder die Provinz das unterscheidende Kriterium war. Wenn die jungliberalen Vertretertage einen ungeahnt starken Widerhall in der Presse und in der öffentlichen Meinung fanden, so mögen die Intelligenz und die Energie der geistigen Führer der Bewegung hierzu nicht wenig beigetragen haben. Aber das Wesentliche war doch: hier war eine Organisation entstanden, die offen aussprach, was Tausende und Abertausende von Männern dachten, die ihrer Gesinnung nach zur nationalliberalen Partei gehörten, und was — infolge des eigenartigen Aufbaues der Parteiinteressen — doch nirgends sonst eine weithin schallende Resonanz fand. So kam es, daß die Reichstagswahl von 1903, die erste nach der Begründung des Reichsverbandes, der Partei ein Mehr von dreihunderttausend Stimmen brachte. So kam es, daß die Jungliberalen in ihren Kämpfen, sei es mit der Reichstags-, sei es mit der Landtagsfraktion, niemals allein standen, daß es sich niemals in diesen vierzehn Jahren um einen Kampf zwischen Alt und Jung handelte, sondern daß stets die Jungen mit einem Teil der Alten auf derselben Seite waren.

Das soll nach dem Willen der Mehrheit des Zentralvorstandes nun anders werden. Der Verlauf des Delegiertentages wird lehren, ob die Partei dies lebensgefährliche Experiment wagen, und wenn sie es wagt, ob sie es überdauern wird.

